

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 15,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Konversationszettel über deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 5.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. nach und nach. Briefwechsel-Befragungen in Wort-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Preisveränderung: Januar 2020, 2645, 4516 4802, 4635, 4519, 4921.

STREIFER

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Englisch-russische Verständigung

Die Bedingungen Englands für die Anerkennung Sowjetrußlands

Paris, 13. August.

„Tempo“ meldet, daß die englische Regierung für die Anerkennung der Sowjetregierung folgende Bedingungen gestellt habe: Einstellung aller direkten und indirekten Feindseligkeiten. Heimbeförderung der Zivil- und Kriegsgefangenen. Abschluß eines Abkommens zur Sicherung der Gutmachung von Schäden, die englischen Privatpersonen zugefügt wurden, soweit sie nicht unverzügliche Regelung erfordern. Die Sowjetregierung habe diese Bedingungen angenommen.

Der englisch-französische Bericht

St. London, 14. August.

Vor der Zusammenkunft des Unterhauses werden wichtige Besprechungen abgehalten. Zwischen London und Paris werden über die Anerkennung der Regierung Wrangels Notizen ausgetauscht. Man hofft, daß die Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Von autoritativer Seite wird mitgeteilt, daß keine Änderung in der englischen Politik eingetreten sei.

Die Anerkennung Wrangels wird von England ignoriert

St. London, 14. August.

Reuter vernimmt, daß anfänglich der Anerkennung Wrangels die englische Gesandtschaft in Paris bei der französischen Regierung vorstellig geworden ist. Es hat jedoch keine formelle Beratung stattgefunden. Die britische Regierung wird unbedingt an dem Abkommen festhalten, daß nicht zu einer Aktion gegen die Kätetruppen übergegangen werden soll, solange die Entscheidung der Räteregierung bezüglich des Waffenstillstandes und der Friedensbedingungen nicht bekannt ist. Die britische Regierung wird tun, als ob kein offizieller Schritt Frankreichs in der Anerkennungsfrage stattgefunden hat.

Die Haltung der englischen Arbeiter.

St. London, 14. August.

Aus Glasgow wird gemeldet, daß der Verwaltungsrat der Unabhängigen Arbeiterpartei eine Entschlieung an die Regierung sandte, in der es heißt, daß die Partei in der Anerkennung Wrangels durch Frankreich einen Beweis für die hinterlistige Art der Alliierten gegenüber Rußland erblicke, wofür die organisierten Arbeiter die britische Regierung verantwortlich machen, wenn die Anerkennung durch das britische Kabinett nicht öffentlich desavouiert und das französische Bündnis sofort gelöst wird. Die Entschlieung sagt weiter, daß die britische Regierung zum Beweise ihrer Aufrichtigkeit Churchill wegen seiner Intrigen gegen Rußland von seinem Ministerposten verabschieden müsse.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen Munitionstransporte.

Amsterdam, 13. August.

Zum russisch-polnischen Konflikt veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund eine Erklärung, in der es heißt, der Internationale Gewerkschaftsbund habe keine besondere Sympathie weder für die Bolschewisten noch für die Polen. Er halte an seinem Standpunkt fest, daß jeder Krieg und jedes Blutvergießen zu verurteilen sei und durch Weiterförderung von Munition und Truppen nicht unterstützt werden dürfe. Demgemäß sei ein zweimal wiederholtes Aufsuchen einer europäischen Regierung, die Munitionsbeförderung nach Polen zuzulassen, rundweg abgelehnt worden.

Wilson gegen Sowjet-Rußland

Die italienische Regierung hatte bei den Vereinigten Staaten angefragt, wie diese über die russisch-polnische Frage denke. Die amerikanische Regierung hat nunmehr eine Note an Italien gerichtet, worin ausgeführt wird, daß die Vereinigten Staaten die Sowjet-Regierung nicht anerkennen wollen. Es heißt darin: „Wir können die Vertreter einer Regierung, die entschlossen und verpflichtet ist, gegen unsere Einrichtungen zu konspirieren, deren Diplomaten die Erreger gefährlicher Anstrengungen sind, deren Wortführer sagen, daß sie Verträge unterzeichnen, ohne die Absicht zu haben, dieselben zu halten, nicht anerkennen, nicht amtliche Beziehungen mit ihnen unterhalten, oder ihnen eine freundschaftliche Aufnahme gewähren.“ Man müsse erklären, so wird weiter gesagt, daß alle Völker im Bereich des früheren zaristischen Reiches das Recht auf freie Selbstbestimmung hätten und daß deshalb alle fremden Truppen aus ihren Gebieten zurückgezogen werden müßten. Auf diese Weise könnte die bolschewistische Herrschaft um den Erfolg ihres Appells an den russischen Nationalismus gebrochen werden. Amerika sei ein Freund des russischen Volkes, aber es sei der Regierung Amerikas nicht möglich, die gegenwärtigen Herrscher Rußlands als eine Regierung zu betrachten, mit der Beziehungen, wie sie zwischen freundschaftlichen

Regierungen gepflogen werden, aufrecht erhalten werden können. Die gegenwärtige Regierung Rußlands sei gegründet auf der Verneinung jeglichen Grundgesetzes von Ehre und gutem Glauben und von jedem Brauch und Herkommen, die dem Gebäude des Völkerrichts zugrunde liegen.

Die französische Regierung hat an die Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der es heißt, die Sowjets verträten nur eine kleine Minderheit des Volkes, sie hätten sich der Macht durch List und Gewalt bemächtigt. Seit 24 Jahren hätten sie keine allgemeinen Wahlen gehalten, im Gegenteil, sie hätten der Schaffung einer aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Volksregierung Hindernisse bereitet. Die verantwortlichen Leiter dieses Regimes hätten sich häufig und öffentlich gerühmt, daß sie entschlossen seien, Abkommen und Verträge mit fremden Regierungen zu schließen, ohne die Absicht zu haben, sie zu halten. Sie behaupteten, keine Abmachung mit bolschewistischen Regierungen könne sie moralisch binden. Sie hätten erklärt, daß sie durch alle Mittel in anderen Ländern revolutionäre Bewegungen hervorzurufen wollten, um das Rätesystem aufzurichten. Infolgedessen halte es die französische Regierung für unmöglich, die angeblichen Herrscher von Rußland als eine Regierung anzuerkennen, mit der man gemeinsame Beziehungen unterhalten könne.

Eine englische Note an Polen

London, 14. August (Reuter).

Die Nachrichten, Lord George habe Polen geraten, die Bedingungen Sowjetrußlands anzunehmen, ist ungenau. Die nach einem englischen Kronrat an Polen gesandte Note enthält keine Ratsschlüsse an die polnische Regierung, sondern besagt einfach, die englische Regierung sei der Ansicht, daß das britische Volk keine Kriegserklärung billige zu dem Zwecke Polen zu unterstützen, um eine Verbesserung der russischen Bedingungen zu erlangen, sofern die Bedingungen Sowjetrußlands in gutem Glauben gestellt und ohne Hintergedanken sind.

Der polnische Frontbericht

III. Warschau, 14. August.

Amlicher polnischer Heeresbericht vom 13. August: An der Südfont drängt der Feind weiter gegen die Linie Modlin—Jęzgo vor. Kleine Abteilungen bolschewistischer Kavallerie sind bis in die Nähe von Sierpoc vorgestoßen. Größere Abteilungen Infanterie greifen Rastawiz und Ploski an. Die Angriffe wurden abgeschlagen. Im Zentrum weitere Umgruppierungen unserer Truppen in loser Kampfführung mit dem Feinde. Derselbe Kublin hat unsere Nachhut die Frontlinie Tymienicza besetzt und hier alle feindlichen Angriffe abgeschlagen. Im Raume von Cholm und Tazowicz ist der Feind ebenfalls zurückgeschlagen worden. Die Reiterarmee Budjennys hat nach der gestrigen Abwehr ihre Angriffe nicht wiederholt. Längs Sereth und Sirpa wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Bei Horodysko hat die 12. Division feindliche angreifende Kolonnen auf ganz kurze Entfernung herankommen lassen und sie dann durch vernichtendes Feuer vollständig aufgetrieben.

Die polnische Waffenstillstandskommission

II. Warschau, 14. August.

Die Delegation für die Waffenstillstandsverhandlungen in Wien besteht aus den Unterstaatssekretären Dombski und Broblewski und den Abgeordneten Barliaci (Sozialist), Graf Starbel (Nationaldemokrat) und Stanislas Grabski (Nationaldemokrat).

Die Seeleute gegen den Krieg

Brüssel, 13. August.

Der Seeleutegreß nahm eine Entschlieung an, wonach die Seeleute zur Behinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition besorgen werden. Der Beschluß solle bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewendet werden.

Beisetzung der Opfer von Zecher Kaiserstuhl II

III. Dortmund, 14. August.

Gestern wurden die 30 Bergleute der Zecher Kaiserstuhl 2, die am Sonntag morgen auf ihr tragische Weisse ums Leben gekommen sind, zu Grabe getragen. Unter dem Geläute der Glocken der ganzen Stadt legte sich der riesige Trauerzug um 4 Uhr von der Leichenhalle aus in Bewegung. Eröffnet wurde der Zug von zahlreichen Vereinen und den Vertretern der höchsten Behörden, Beamten und Arbeiter. Unter dem Vorantritt der Gesellschaft beider Konfessionen folgten die 8 Leichenwagen mit den 30 Särgen. Nicht hinter ihnen schritt die schwer betroffene Belegschaft und die große Reihe der Hinterbliebenen und Angehörigen. Den Schluss bildeten zahlreiche Vereine und Abteilungen. Etwa 40 Musikkapellen begleiteten den Zug, in dem etwa 400 Kränze mitgeführt wurden. Der Vorbeimarsch dauerte 1 1/2 Stunden. Eine ungeheure Volksmenge umschme die Straßen, die der Trauerzug passierte. Auf dem Nordfriedhof angelangt, wurden die 30 Särge von Knappen in Paradeuniform zu dem Massengrab getragen, wo die Beisetzung um 6 Uhr erfolgte.

Ueberflüssige Mahnung

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Max Rudolf Kaufmann eine Unterredung, die er mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Steuerabzug vom Arbeitslohn geführt hat. Dr. Wirth sagte:

„Bei der Kritik des Lohnabzugs wird immer wieder vergessen, in welch außerordentlich großer Finanznot sich das Reich befindet. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatswirtschaft aufhören und Staats- und Volkswirtschaft zusammenbrechen müßten. Wen aber würde ein solcher Zusammenbruch am schwersten treffen? Alle diejenigen, welche von ihrer Arbeit leben müssen. Darum hat gerade das arbeitende Deutschland das größte Interesse daran, daß durch Ausführung der Steuererleichterung unsere Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden.“

Herr Dr. Wirth führte weiter aus, daß die Reichseinkommensteuer in vielen Punkten milder ausgefallen sei, als die bisher geltenden Einkommensteuergesetze. Beim Kinderprivileg und beim Existenzminimum sei man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. In keinem anderen Lande würden die hohen Einkommen so besteuert wie bei uns. Dazu komme noch die Kapitalertrag- und die Körperschaftsteuer sowie das Reichsnotopfer, wodurch die oberen Schichten außerordentlich schwer belastet würden. Auf die Frage, wie der Minister sich zu der gewaltigen Behinderung des Steuerabzugs verhalte, antwortete Herr Dr. Wirth:

„Steuerabgabe in diesem kritischen Augenblick ist geradezu ein Verbrechen am Reiche wie am ganzen deutschen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folge kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß deshalb mit allen Mitteln dem Gesetze, das vom Parlament unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffen wurde, Geltung verschafft werden.“

Eine weitere Änderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug, so führte der Reichsfinanzminister weiter aus, sei für die nächste Zeit nicht vorgesehen. Nunmehr müßten erst die Erfahrungen mit den neuen Bestimmungen abgewartet werden. Auf die Frage, ob die Arbeitnehmer weniger Steuer zu entrichten hätten als andere Steuerpflichtige, erklärte Herr Dr. Wirth folgendes:

„Das reine Arbeitseinkommen unterliegt lediglich der Einkommensteuer, während die Grundbesitzer, die Gewerbetreibenden und die Kapitalbesitzer neben der Einkommensteuer noch die Ertragsteuer und das Reichsnotopfer zu entrichten haben. Ich denke, darüber wäre sich die Deutlichkeit doch klar, daß bei uns der Besitz stark vorbelastet ist. Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172 000 M. weggesteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent des alten Vermögens bei den Reichsten wegnimmt? Weiß nicht ein jeder Arbeiter, daß bei den großen Einkommen die Steuer bis zu 60 Prozent hinausgeht? Hat man vergessen, daß durch eine Kapitalertragsteuer das Einkommen aus Kapital schon stark vorbelastet wird und daß überdies auch noch die Körperschaftsteuer das Einkommen aus Aktien und sonstigen Gesellschaftsantheilen sehr stark vorbelastet? Das Dividendeneinkommen wird erst durch zwei Steuern an der Quelle besteuert und unterliegt dann noch der Einkommensteuer. Wenn beispielsweise jemand 100 000 Mark Dividenden zu beziehen hätte, so werden von diesem Betrag vor seiner Auszahlung zunächst bis 28 000 M. durch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer abgezogen. Dann werden von den verbleibenden 72 000 M. noch 21 505 M. Einkommensteuer gefordert, so daß von den 100 000 M. die er zu beziehen gehabt hätte, noch 50 495 M. übrig bleiben. Und dabei ist das Reichsnotopfer noch nicht berücksichtigt.“

Die Belastung der oberen Schichten der Bevölkerung ist bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt. Mehr könnte man aus dem Besitz kaum herausholen, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen.“

Es muß dem Herrn Reichsfinanzminister gesagt werden, daß er auf die Arbeiter mit diesen Ausführungen nicht den geringsten Eindruck machen wird, denn die Tatsachen stehen dazu denn doch in allzu großem Gegensatz. Der Kriegsgewinn wird bis auf 172 000 M. weggesteuert? Woher nehmen denn die Stinnes, die Thyssen, die Stumm, alle die anderen Großkapitalisten die Gelder her, mit denen sie fortgesetzt ihre Unternehmungen erweitern können? Das Reichsnotopfer soll den Reichsten bis zu 65 Prozent des alten Vermögens wegnehmen? Dabei macht infolge der Aufblähung der Werte das Reichsnotopfer einen beträchtlich geringeren Teil des Vermögens aus und noch dazu wird die Abgabe auf dreifig Jahre verteilt, so daß sie nur wie eine Ergänzung zur Vermögenssteuer wirkt. Bei den großen Einkommen soll die Steuer bis zu 60 Prozent hinausgehen? In Wirklichkeit werden gerade die bestehenden Klassen tausend Mittel finden, um sich wie bisher schon der vollen Steuerleistung zu entziehen. Denn das ist es ja gerade, was die Arbeiter beim Lohnabzug so empört. Nicht die Tatsache allein, daß sie von ihrem ganz unzureichenden Einkommen Steuern zahlen sollen, sondern daß von ihnen diese Steuern bis auf den letzten Pfennig herausgeholt werden, wogegen den vermögenden Kreisen auch in Zukunft noch ein weiter Spielraum zur Hintertreibung des Steuerfiskus gelassen wird. Wenn es sich darum handelt, die bestehenden Klassen noch dem wirklichen Maße ihrer Leistungsfähigkeit zu belasten, so wird „die Volkswirtschaft geschädigt“. Auf der anderen Seite dagegen, lehnt man nicht davor zurück, die geringsten Ein-

kommen, die noch kaum ein Hungerdasein gewährleisten, über das Maß des Möglichen zur Besteuerung heranzuziehen. Die Reichen bilden die Volkswirtschaft; die Armen sind nur die Objekte dieser „Volkswirtschaft“. Deutlicher konnte das Wesen des kapitalistischen Staates nicht zum Ausdruck gebracht werden!

Nun appelliert der Reichsfinanzminister an die Arbeiter, sie möchten doch durch die widerstandslose Ausführung der Steuern der deutschen Finanzwirtschaft wieder auf die Beine helfen. Da muß doch die Frage gestellt werden: Wer hat Deutschland dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott zugeführt? Es waren die besitzenden Klassen, die nicht nur den Krieg verursacht und unterstützt haben, sondern von vornherein bestritten waren, die Kosten zur Deckung des Krieges von sich selbst abzuwälzen. Eine lehrreiche Erinnerung an diese Tatsache bieten einige Ausführungen, die die „Deutsche Tageszeitung“ vor sechs Jahren gemacht hat, zu einer Zeit also, wo der Patriotismus noch in vollster Blüte stand. In einer Aufzählung zur Zeichnung auf die Kriegsanleihe führte das Blatt am 15. September 1914 folgendes aus:

„Ein voller Erfolg der Zeichnung der Kriegsanleihe wäre im Interesse der Allgemeinheit dringend zu wünschen, damit das Reich nicht gezwungen ist, die zur Durchführung des Krieges erforderlichen großen Summen durch Kriegssteuern aufzubringen. In Zeiten, wo Deutschlands Ausfuhr und Einfuhr darniederliegt, wo die Lebenshaltung breiter Schichten der Bevölkerung durch die Hemmung von Handel und Industrie ungünstig beeinflusst ist, könnten als Kriegssteuern Verbrauchsabgaben nicht in Frage kommen. Nur eine direkte Vermögenssteuer und eine Heranziehung der größeren Einkommen wäre imstande, die großen Summen zu liefern, die eine Kriegsteuer beschaffen müßte. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß der Wehrbeitrag in der Höhe von nur einer Milliarde Mark und seine Verteilung auf drei Jahre schon als eine sehr starke Belastung des Besitzes empfunden wurde, dann kann man sich ein Bild davon machen, in welchem Umfange neben dem Wehrbeitrag Vermögen und Einkommen noch weiterhin durch eine Kriegsteuer in Anspruch genommen werden müßten. England hat seinerzeit die Kosten des Burenkrieges durch einen Einjahrzoll auf Getreide und einen Ausfuhrzoll auf Kohle leicht gedeckt. Ein solcher Weg steht Deutschland nicht offen. Es ist also dringend erwünscht, daß die zur Kriegführung erforderlichen Mittel aus der Anleihe gewonnen werden, damit Kriegssteuern überhaupt nicht in Frage kommen.“

An diesen Ausführungen des agrarischen Blattes erkennen wir eine der ersten Ursachen für die jetzige Finanzkrise. Die besitzenden Klassen haben sich von Beginn des Krieges an dagegen gesträubt, die Kosten dafür sofort auf ihre Schultern zu nehmen; sie haben wohl alle Vorleide des Krieges für sich wahrgenommen, aber es zu verhindern gewußt, daß die Kriegsausgaben durch eine sie belastende Finanzpolitik sofort Deckung fanden. Sie gaben eine Kriegsanleihe nach der andern aus und häuften die Kriegsschulden bis zu einer wahnwitzigen Höhe; nachdem ihr vorzeitiger Siegerrausch verfliegen ist, wollen sie die Abtragung der Kriegslasten auf die nichtbesitzenden Teile der Bevölkerung abwälzen. Aber nicht genug damit: Gegenüber der Annahme der „Deutschen Tageszeitung“, daß Verbrauchsabgaben nicht in Frage kommen würden, sind im Verlauf des Krieges die indirekten Steuern und Abgaben in maßloser Weise vermehrt worden.

Der Reichsfinanzminister hat vor mehreren Wochen durch seine Veröffentlichung über die in den ersten zehn Monaten des vorigen Steuerjahres eingegangenen Steuern und Abgaben selbst festgestellt, daß die besitzenden Kreise mit der Abführung ihrer Steuern noch gänzlich im Rückstande geblieben sind; was insbesondere an den sogenannten Besitzsteuern eingegangen ist, machte nur lächerlich geringe Beträge aus. Herr Dr. Wirth täte also gut, die besitzenden Klassen zu veranlassen, ihre Pflichten gegenüber dem Staat, der doch immer noch ein kapitalistischer Staat ist, zu erfüllen. Seine Mahnung an die Arbeiter ist ganz überflüssig.

Russisch-russischer Waffenstillstand. Einem Telegramm aus Peking zufolge ist zwischen Rußland und Japanland auf der Konferenz in Dordrecht eine Verständigung über die Waffenstillstandsbedingungen erzielt worden. Der Abschluß des Waffenstillstandes wird in den nächsten Tagen erwartet.

Attentat auf Venizelos. Wie aus Paris gemeldet wird, ist Venizelos im Augenblick, als er nach Rußland abreisen wollte, von zwei Personen angegriffen worden, die acht Revolverkugeln auf ihn abgaben. Er wurde von einer Kugel verwundet.

Die politische Polizei

Der Jubilar Altman aus Magdeburg stand auch mit der Berliner politischen Polizei in Verbindung. Er hat für sie Aufträge ausgeführt und ist dafür glänzend bezahlt worden. U. a. sind ihm von einem Kriminalkommissar in den letzten Wochen 400 Mk. überwiesen worden. Die politische Polizei im Berliner Polizeipräsidium beschäftigt sich nach wie vor als Kapp-Organisation. Sie hat schon vor dem 13. März gezeigt, daß ihr höchster Gebieter Vöttwich ist. Als der Postbefehl gegen Bauer, Pabst und anderen Hochverrätern erging, erfüllte diese Stelle nicht etwa ihre geschwähnte Pflicht und schritt zur Verhaftung, sondern sie warnte die Verfolgten und begünstigte ihre Flucht. Moskalew führt darüber in seinem Buch von „Riel bis Kapp“ eine sehr bewegte Klage. Jetzt hat die Berliner politische Polizei auch das Vorgehen gegen die Vorkontingentsgesellschaft und die Deutsche Wirtschaftshilfe sabotiert. Der Oberpräsident Hörsing hatte von Berlin die Entsendung eines tüchtigen Kriminalkommissars erbeten, um die Magdeburger Angelegenheit gründlich untersuchen zu können. Der Polizeipräsident Richter sagte zu. Er ging dann in Ferien. Diese Gelegenheit benutzte sein Vertreter, den erhaltenen Auftrag rückgängig zu machen. Lediglich dem Eingreifen der Sicherheitspolizei ist es zu verdanken, daß das Magdeburger Nest ausgehoben wurde. Das Hauptmaterial aber befand sich in Berlin, Oranienburger Straße 67. Weder der Staatsanwalt Weißmann noch das Berliner Polizeipräsidium griffen zu. Dadurch wurde den Berliner Schwindlern die Möglichkeit gegeben, ihr Material verschwinden zu lassen. Die Unfähigkeit des Staatskommissars und die Staatsgefährlichkeit der Berliner politischen Polizei ist damit wieder einmal einwandfrei nachgewiesen. Beide Institutionen arbeiten der Gegenrevolution in die Hände und vergrößern im Interesse der monarchistischen Reaktion den Spießstumpf in Deutschland. Die politische Polizei ist ein Krebsgeschwür am Staatskörper; unfähig, gegen die einzig wirklich bestehende Gefahr, die Gegenrevolution von rechts, etwas zu unternehmen, muß diese trankte Stelle mit einem kräftigen Schnitt beseitigt werden. Wer in den Parlamenten für die politische Polizei auch nur einen Pfennig bewilligt, der fördert das Spießsystem und begünstigt die politische Korruption.

Der Parteisekretär Willy Kehler aus Reichenhalsleben bei Magdeburg, der für die Vorkontingentsgesellschaft und die Deutsche Wirtschaftshilfe Schwindelnachrichten gegen Provision und festes Gehalt anfertigte, ist aus der rechtssozialistischen Partei ausgeschlossen worden.

Der kommende Mann

Escherich, die Hoffnung der Putschisten

Die reaktionäre Presse fällt wie wildgeworden über den Oberpräsidenten Hörsing her, weil er es gewagt hat, in das Wespennest der Magdeburger Putschfabrik zu greifen. Der Schmerz der Rechtspresse ist zu verstehen. Sie wird zwar mit der Veröffentlichung von bestellten Lügenberichten fortfahren, aber nach dem Magdeburger Skandalfall nicht mehr so viel Leichtgläubige finden wie ehemals. Daher die Mutankfälle, die die monarchistische Presse derart aus der Fassung bringen, daß sie sich einige recht wertvolle Eingeständnisse entschlüpfen läßt. Die „Deutsche Tageszeitung“, die Hörsing einen Diktator nennt, weil er ihre hervorragendsten Mitarbeiter auf dem Gebiete der Spießgeschichten als Schwindler entlarvt hat, droht mit einer offenen Kampfanzeige Bayerns. Noch deutlicher wird die „Tägliche Rundschau“, die den Hauptmann Escherich unter ihre schützenden Fittige nimmt und ihn als den kommenden Mann feiert. Sie schreibt:

„Wenn die Sozialdemokraten unter freundlicher Beihilfe einer gewissen instinktvollen demokratischen bürgerlichen Presse gegen die Organisation wähten, weil sie in ihr eine Erstarkung des Bürgerturns sehen und sich ihren roten unabhängigen Brüdern wieder einmal als Handlanger und Wegbereiter gefällig erzeigen wollen, so arbeiten sie gleichzeitig gegen die Einheit des Reiches; denn das sollen sie sich gesagt sein lassen: In Bayern läßt man sich die Organisation Escherich, der man Ruhe, Ordnung und Sicherheit verdankt, nicht rauben, und betrachtet jeden Angriff auf sie als einen Angriff auf Bayern. Hörsing wird in den nächsten Wochen merken, wieviel Porzellan er zertrümmert hat, das nicht mehr zusammenzuflicken ist. Er sollte sich an das ernste Wort des bayerischen Ministerpräsidenten Kahr erinnern, daß Bayern seine Reichstreue gegen jeden Feind von außen beweisen werde, daß es aber nicht gesonnen sei, sich dem verfassungswidrigen Diktate der radikalen Norddeutschlands zu unterwerfen.“

Diese Sätze zeigen die volle Größe der Gefahr, die in der Organisation Escherich liegt. Es handelt sich nicht um die

bloße Spielerei ein paar Bürgerwehrenmänner, die aus Eigensinn ihre Gewehre nicht hergeben wollen. Die Organisation Escherich, Orgeßch genannt, ist vielmehr die neue Kampfororganisation der Gegenrevolution. Sie will ganz Deutschland mit einem Netz bewaffneter Bürgergardien überziehen und dann, wie wir schon gestern meldeten, unter dem Hinweis auf die hinter ihr stehende Macht die Regierung „ohne Blutvergießen“ davonjagen. Das ist dann keine Gegenrevolution, sondern, wie das bayerische Beispiel zeigt, ein „verfassungsmäßiger Akt“, und das um so mehr, als die Regierung bisher noch nichts unternommen hat, der Orgeßch das Handwerk zu legen. Sie ist für Preußen durch den Unterstaatssekretär Dr. Freund und Oskar legalisiert worden. Die Organisationsleiter des kommenden Putsches können sich also, wenn sie zum Schlage ausholen, darauf berufen, daß sie eine vollkommen geschwähnte Handlung ausführen. Sie werden damit nicht einmal ganz unrecht haben, solange die Reichsregierung dem Geheiß zuwider den Orgeßch die breiteste Organisationsmöglichkeit gewährt. Die „Magdeburger Volksstimme“, die Gelegenheit hatte, einen tieferen Einblick in die Putschwerkstatt zu nehmen, sieht die aufsteigende Gefahr sehr deutlich, wenn sie im Zusammenhang mit ihren Veröffentlichungen schreibt:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sehen wir vor einem zweiten reaktionären Putsch! Hütet euch, Arbeiter! Diesmal sind die Vorbereitungen besser getroffen. Die Weißer des Putsches werden diesmal nicht Kapp und Vöttwich heißen, sondern Escherich. Und in der Geschichte wird man vom Ausbruch der „Orgeßch“ reden. Hütet euch, Arbeiter! Der rollende Kubel hat Räder in neue Fronten gerissen, hat faulende Punkte erzeugt. Die Räder müssen geschlossen und das Faulende ausgebrannt werden.“

Weiß die Regierung noch immer nicht, was auf dem Spiele steht? Sie scheint die Neigung zu haben, den Magdeburger Spießstand als Einzelfall zu betrachten, über den sie so schnell wie möglich die Akten zu schließen gedenkt. Aber es handelt sich nicht um einen Einzelfall, sondern um eine weiterzweigende Organisation, deren Glieder in allen Städten emsig an der Arbeit sind, um das Werk, das am 13. März nicht glücken wollte, besser und gründlicher auszuführen. Der Reichstag wird sofort nach seinem Zusammentritt die Regierung zur Rechenhaftigkeit ziehen müssen. Dem Proletariat aber erwächst die Pflicht, eine gesteigerte Aufmerksamkeit an den Tag zu legen. Es darf sich durch die Escheriche nicht ebenso übertrumpfen lassen, wie am 13. März durch die Vöttwiche.

Der neugierige Weißmann

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Herr Weißmann, hat bisher nichts unternommen, um die Spießflooten der Rechtsparteien zu säubern. Wir haben deshalb gegen ihn einige Beschuldigungen erhoben, die wir heute mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns zurücknehmen. Herr Weißmann konnte seine Pflicht, der Orgeßch und der Wirtschaftshilfe nachzuspüren, nicht erfüllen. Er hat keine Zeit dazu, er ist zu stark damit beschäftigt, die Mitgliederkarte der R. P. D. zu erforschen und die Befriedigung dieser eigenartigen Neugierde nimmt seine volle Arbeitskraft in Anspruch. Deshalb hat er an die Behörden folgendes Schreiben verschickt:

Abheft! — Vertraulich!

Der Herr Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung wünscht, um einen Überblick über die Gesamtorganisation der kommunistischen Partei Deutschlands (K. P. D.) und der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (A. P. D.) gewinnen zu können, die Beantwortung folgender Fragen, soweit sie den dortigen Bezirk angehen und dort bekannt sind oder ermittelt werden können: Beide Parteien sind scharf von einander zu trennen:

1. Wo haben sich bis jetzt Ortsgruppen gegründet. (Ungefähr zahlenmäßige Stärkeangabe erwünscht.)
 2. Wie legt sich der Vorstand zusammen. (Möglichst genaue Personalangabe, ev. Lichtbild.)
- Berichtsfrist am 10. Juli d. J. Fehlangelege erforderlich.

An den Amisvorsteher
in

Unterschrift
unleserlich
Jedenfalls Weißmann.

Da dürfte wohl die Frage erlaubt sein, ob Herr Weißmann sich im privaten Interesse eine Sammlung anlegt, oder ob er die Umstürzler von rechts mit den Lichtbildern der gefährdeten Kommunisten so erschrecken will, daß sie einmal für immer die Lust zum Putsch verlieren.

Sibirien

Aus den Aufzeichnungen eines nach vierjähriger Gefangenschaft Heimgekehrter

Der Kaiser läßt grüßen.

Sin und wieder fühlte mal die Kaiserlich deutsche Regierung das Bedürfnis, sich irgendwie wohlthätig zu betätigen.

In dieser Stimmung erinnerte man sich auch der sibirischen Kriegsgefangenen; für diese sollte eine Aktion eingeleitet werden, sie sollten einen „Heimatsbesuch“ empfangen.

Eine rote-Kreuz-Schwester war dazu ausersehen, die Besuchsreise nach Sibirien anzutreten. Natürlich konnte diese Schwester keine normal-sterbliche Person sein. Eine Frau aus dem Volke kam garnicht in Betracht, eine Dame aus der bürgerlichen Gesellschaft genügte auch nicht, es mußte immer eine Gräfin sein.

Ja, es mußte eine Gräfin sein; eine andere Frau hätte sich zu diesem Komödientheater nicht hergegeben, zu einer für die Kriegsgefangenen völlig wertlosen Farce.

Wie ein Schulrat in jedem Jahre die Schulen revidiert und alles in bester Ordnung findet, so mußte in jedem Jahre nach Sibirien eine Revisions-Gräfin kommen und auftragsgemäß — weil es in der Natur unserer Nationalisten liegt, alles Fremde herunterzureißen — alles in Sibirien angeblich Gesehene in ihren amtlichen Berichten in größter Unordnung finden.

Sie mußte es, denn sie hatte keine Zeit, die Wurzel der Unordnung, die meistens bei unseren eigenen Kameraden zu finden war, zu untersuchen; sie konnte sich in einem Lager von 10 000 bis 12 000 Kriegsgefangenen nur einen, höchstens zwei Tage aufhalten.

Die Gräfin kam mit halbdotter Miene in die Baracke zu den auf Erholung oder Erleichterung wartenden Gefangenen. Man wollte Nachricht aus der Heimat haben, Aufklärung über die Zukunft, Aufklärung über unser Schicksal. Und immer kam mit der Gräfin die Enttäuschung, denn jede dieser Damen redete dasselbe Kitsch, dieselben süßlich-sentimentalen Phrasen, dem Ritzzeug der „besten“ bürgerlichen Gesellschaft entnommen.

Alle Deutschen verammelten sich, und die hocharistokratische Vertreterin des roten Kreuzes sprach:

„Liebe Kameraden, ich komme aus Deutschland und bringe Euch viele Grüße vom Kaiser, von der Kaiserin, vom Großherzog von Mecklenburg, vom König von Sachsen etc. etc. Ich habe zwar von Liebesgaben recht wenig mitgebracht (gewöhnlich waren es 200 bis 300 Wintergarnituren für circa 10 000 Mann), aber das Vaterland ist Euch dankbar und wird Euch bei der Heimkehr reichlich belohnen.“

Und dann begann der Rundgang; jeder Kriegsgefangene wurde angesprochen, empfing einen Händedruck und mußte nochmals die gleichen Redensarten anhören.

Für mich war es immer eine Tortur, diese Grüße der hohen und höchsten Herrschaften zu empfangen, ich versteckte mich immer. Einmal mißlang mein Vorhaben, ich konnte nicht schnell genug entweichen. Die edle Schwester kam an mich heran, reichte mir die Hand und überbrachte mir, da ich Preuße bin, die Grüße des Kaisers und der Kaiserin.

Ich war höflich und bat die Dame, die Grüße freundschaftlich zu erwidern. Meine Höflichkeit wurde mit einem verächtlichen Blick belohnt.

Der bestrafte Rückenballe.

Wir waren in Notten zu je circa 500 Mann eingeteilt und unterstanden den Anweisungen eines russischen Offiziers. Alle anderen Funktionäre, wie Barackenkommandanten, Rückenpersonal, Brotverteller usw. wurden von uns gewählt.

Bei der Wahl dieser Personen trat es immer klar zu Tage, wie sehr der Militarismus den Deutschen in Fleisch und Blut sitzt, wie er aus freigelebten Menschen Sklaven gemacht hat.

Nie wurden von unseren Kameraden für Kameraden Personen gewählt, die sich dazu eigneten, nie! Diese Personen mußten Treppen und Knöpfe tragen, selbst wenn sich hinter diesen Charakterschildern die größten Lumpen und ehrlosesten Mächte verbargen.

Wir mußten mal einen Koch wählen, und obwohl in unseren Reihen mehrere Berufsöche, Hotelköche und Schiffsköche sich fanden, wurde ein Fleischer gewählt, nur aus dem Grunde, weil er Unteroffizier und der beste Hurraschreier war. Er besaß alle Fähigkeiten, um für einen Vertrauensposten völlig ungeeignet zu sein; er hatte den Hunnenselbstzug gegen China mitgemacht und war somit germanisch qualifiziert.

Wenn nachts alle schliefen, rief er seine Freunde in die Küche und bereitete ihnen eine gute Mahlzeit von dem Fleische, das er der Mannschaft entwendet hatte. Er sorgte überhaupt dafür, daß sich kein deutscher Kriegsgefangener den Magen überließ, denn außer für seinen eigenen großen Gebrauch, verschob er täglich noch circa 30 bis 40 Pfund Fleisch, ebenso Mehl und Hülsenfrüchte. Fett gab er fast niemals in die Suppe, denn dies benötigte er für Geböde, die er in der eigenen Baracke zum Kaufe anbot. Ebenso entwendete er ständig die für die Allgemeinheit bestimmten Fische und besch den Mut, auch diese in der eigenen Baracke zu verkaufen.

Trotzdem dieser brave Unteroffizier solche Manipulationen lange Zeit hindurch trieb, fühlte kein Kamerad in sich den Mut

oder die moralische Pflicht, dem Ehrenmanne das Handwerk zu legen.

Aus eigenem Antrieb kam unser russischer Nottenkommandant hinter diesen Diebstahl, und interessant war die Bestrafung, die er dem Rückenvertrauten anfertigte.

Dem Rückenunteroffizier wurde ein Saak mit Steinen (2½ Kub gleich 40 Kilogramm schwer) auf dem Rücken befestigt, an der Brust mußte er ein großes Plakat tragen, und er wurde von zwei russischen Posten mehrere Male durch die Baracken geführt. Die Zuschreie auf dem Plakat lautete:

„Ich bin ehrlos! Ich habe meine Kameraden bestohlen!“

Note Maisiez.

Weder eine 6-stündige, noch eine 8-stündige Arbeitszeit wurde am 28., 29. und 30. April innegehalten. Russische Proletariat arbeiteten vom Aufgange der Sonne bis zum Hereinbrechen der Nacht; sie bekränzten die Häuser, errichteten Ehrenpforten, schmückten alle Plätze und Terrassen. Besonders schön wurden die Gräber der im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterschaft gefallenen Personen dekoriert.

Am Abend des 30. April war die Ausschmückung der großen Fabrikstadt Verm beendet, es herrschte eine Feststimmung, wie wir Deutsche sie nicht kennen; man freute sich, wie auf einen hohen Besuch, wie auf eine Offenbarung, die den Menschen etwas Großes bringen soll.

Und auf den Abend folgte der Morgen, der Maienmorgen. Für Verm der erste freie Maienmorgen im freien Sowjetrußland.

Schon in der Frühe um 5 Uhr durchstuteten Soldaten und Arbeiter, zu kleinen Gruppen zusammengeschlossen, mit roten Fahnen und roten Transparenten, deren Aufschriften Worte sozialistischer Vorkämpfer enthielten, teils mit Musik, teils ohne, die „Internationale“ und andere Freiheitsslieder singend, die Straßen. Die Menschenmenge wuchs mit jeder Viertelstunde und gegen 8 Uhr waren wohl alle Einwohner der Stadt auf den Straßen.

Aber bald lösten sich die Gruppen auf und die Personen, die zur Arbeit fähig waren, arbeiteten 6 Stunden ohne jede Bezahlung.

Proletariat, die sich ihre Freiheit bereits erkämpft haben, feiern ihren 1. Mai anders als wir. Wir demonstrierten für unsere Ideale durch Arbeitsruhe, jene durch einen unbezahlten Arbeitstag.

Es wurde tüchtig gearbeitet. Straßen, die noch von vergangenen Kampftagen (Kollischalkämpfe) her demoliert waren, wurden ausgemauert. Ueberhaupt wurde die Arbeit verrichtet, für die die Stadt keine Auflofen haben wollte.

Um 2 Uhr nachmittags war die Arbeit vollendet. Die Arbeiter

Ein alldeutscher Arzt

Der Professor und Obermedizinalrat Max v. Gruber in München hat an den Professor Bumm, den Leiter der Berliner Universitäts-Frauenklinik, das folgende Schreiben gerichtet, das in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht wird:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie und die anderen Herren Unterzeichner des Rundschreibens vom 15. Mai über die internationale Hilfsaktion für Rettung der Tuberkulosekinder Deutschlands werden sich wohl über meine telegraphische Abgabe gewundert haben. Ich verkenne natürlich ebensowenig wie Sie die Furchbarkeit der Gesundheitslage, in der sich unser Volk befindet, und ich würde ebenso gern wie Sie abhelfen. Ich halte es aber für unannehmbar, daß in der einen oder anderen Weise die 10 bis 15 Millionen aussterben, für die wir in Folge des Raubes unserer Handelsflotte, unserer Kolonien, unseres ganzen Besitztums im Ausland und eines Teiles unserer heimischen Bodenschätze, infolge der Vernichtung der Industrie und des Handels mit dem von uns selbst bearbeiteten den Tisch nicht mehr decken können. Vom Beitel aber kann und darf das deutsche Volk nicht leben wollen, und völlig unannehmbar mit seiner Ehre wäre es nicht, wenn wir jene anbeteln würden, welche durch ihren längst geplanten gemeinsamen Raubanschlag, durch die Hungerblutade, durch die mit teuflischer Ueberdeutlichkeit ausgeübten Bestimmungen des sogenannten Versailler Friedens uns in das entsetzliche Elend der kommenden Tage gestürzt, welche uns sechs Jahre lang bis heute mit Verleumdung, Schimpf und Schande überhäuft haben. Ohne völlige Ehrlosigkeit gibt es übrigens auch gar kein selbundes Gedeihen für ein Volk. Sagen Sie den feindlichen Nationen, daß sie die Schuld trifft, wenn unsere Kinder in Krankheit verkommen — dabei würde ich mitten —, aber rufen Sie nicht die Menschlichkeit derjenigen an, welche die Menschlichkeit in beispiellos unmenschlicher Weise mit Fähen getreten haben; rufen Sie nicht den Papst an, den Wächter christlicher Sitlichkeit, rufen Sie nicht den Papst an, den Wächter christlicher Sitlichkeit, der kein Wort gewagt hat gegen die Hungersperre und gegen den „Versailler Frieden“!

Mit kollegialer Hochachtung Ihr ergebener
Max Gruber.“

Dieser Gruber gehört zu den führenden Alldeutschen, er war einer von denen, die womöglich die ganze Welt anfeindeten und die anderen Völker mit Stumpf und Stiel ausrotten wollten. Jetzt wünscht er, daß 10 bis 15 Millionen Deutsche aussterben sollten. Dieser Wunsch zeugt von einer wahrhaft erhebenden Auffassung des ärztlichen Berufs durch diesen Professor und Medizinalrat. Wir glauben, wenn es schon ans Sterben gehen sollte, so wäre es für das deutsche Volk am besten, wenn der Professor v. Gruber und seine Gesinnungsgenossen die ersten sind, die daran zu glauben hätten, denn um Leute mit solchen Auffassungen wäre es wirklich nicht schade. Aber Herr v. Gruber wird schon dafür gesorgt haben, daß er selbst nicht unter den Folgen des Krieges zu leiden braucht. Das ist ja gerade das Kennzeichen dieser Alldeutschen, sie wollen stets nur die anderen sterben lassen und selbst immer bei bestem Wohlfühlen bleiben.

Eine Totenfeier

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Das Städtchen Haltern an der Lippe hat in den Märztagen 1920 einen Namen erlangt, der für immer im Gedächtnis des revolutionären Volkes Westfalens haften wird. Der Name Haltern wird immer erinnern an den heldenhaften Kampf der Ruhrarbeiter gegen die monarchisch-kapitalistische Konterrevolution, er erinnert an die bestialische Nordluft norkistischer Soldaten, wird aber auch die Erinnerung wachhalten an die preisliche Tatkraft, die bis heute noch keinen Schritt unternehmen hat zur Sühnung des grauenhaften Nordes an 50 Bochumer Arbeitern.

Am Morgen des 1. April — also 30 Stunden vor Ablauf des Friedensschlusses von Münster — waren die Reichswehrtruppen des Generals v. Watter über die Lippe vorgedrungen und richteten unter dem im Dorfe Hamm-Bollendorf liegenden Mannschaften der Bochumer Arbeiterwehr ein fürchterliches Mord an. Unter anderem wurden 31 Gefangene ohne jedes Verbot mit Schüssen und Kolbenschlägen ermordet und die zum Teil bis aufs Hemd ausgeplünderten Leichen weitaus vom Dorfe in der Heide verstreut. Weitere acht Mann wurden nach einem sogenannten Standgericht erschossen und nebst einer Arbeiterjamaicerein, die in den vorausgegangenen Kämpfen gefallen war, auf dem Kirchhof in Haltern beerdigt. Ferner ermordeten die Watter'schen Soldaten 15 dänische Kanalarbeiter, die vollständig unbeteiligt, sich im Meischen Hause geborgen hatten. Auch der Hausbesitzer Meis wurde mit erschossen.

Am Donnerstag, den 12. August, veranstaltete das Proletariat des Bochumer Bezirks an den Gräbern dieser Opfer der Gegenrevolution eine glänzende Totenfeier. Gefangene von Bochum

gingen nach Hause, um das Mittagsmahl einzunehmen. Für diesen Tag hatten sie gratis eine doppelte Nahrungsmittelration vom Staate empfangen. Wer kein eigenes Heim hatte, konnte in den städtischen Speiseanstalten ohne Bezahlung — natürlich unter Vorzeigung einer Bescheinigung, daß er an diesem Tage gearbeitet hatte — leidlich gut essen.

Nach dem Mittagessen, gegen 14 Uhr, begann der Festzug. Von den kleinsten Kindern, die kaum laufen konnten, bis zu den ältesten Greisen; die ganze Einwohnerschaft bewegte sich durch die Straßen zu den Plätzen, wo überall Meetings stattfanden.

Nach den Versammlungen fanden in allen Gärten für die kleinen Kinder Spiele und Belustigungen statt, während die größeren Kinder mit den staatlichen Hochdampfern Ausflüge machten. Für Erwachsene, auch für Kriegesgefangene, sorgten Theater, Konzerte, Zirkus, Kinos (alle Veranstaltungen ohne Eintrittsgeld) für Unterhaltung und Zerstreuung.

Erst am späten Abend kamen die Kinder von den Dampferfahrten zurück. Von großer Ferne hörte man den Gesang von unzähligen Kinderstimmen, und langsam legten die Fahrzeuge am Hafen an.

Ein leiser Wind spielte um die roten Fahnen an den geschmückten Schiffsmasten. Die Kinder stiegen aus, wuchtig langen sie die Internationale.

Noch lange erschollen in die dunkle Frühlingsnacht aus jungen Menschenmündern jubelnde Freiheitslieder.

So erlebte ich den Weltfesttag der Arbeit unter der Sowjet-herrschaft.

Wir kämpfen weiter!

Es war Winter; in fürchterlicher Kälte zogen sich die verwahten Heere Koltschaks in wilder Flucht zurück, hinter sich als Magazine und wichtigen Bahnpunkte zerstörend. Die rote Armee folgte ihnen auf dem Fuße, und in Mittelsibirien wurde dann Koltschak und seine Armee völlig vernichtet.

Wir haben die roten Truppen (also die Bolschewisten) ankommen, und schon am nächsten Tage konnten wir die erste Maßnahme dieser neuen Regierung wahrnehmen. Ein Kommissar (Vorsitzender der politischen Organisation) kam ins Lager, verkündete alle Kriegsgefangenen und erklärte, daß es von diesem Moment an keine Kriegsgefangenen gibt, und daß alle im Lager untergebracht früheren Soldaten fremder Staaten nunmehr als freie Ausländer im freien Rußland gelten. Gleichzeitig wurden wir zu einem Konzertmeeting für den nächsten Abend nach dem Volkshause eingeladen.

Ich besuchte dieses Meeting, das eine geschickte Agitationsveranstaltung darstellte. Der Eindruck war ein gewaltiger. Der Versammlungsleiter eröffnete mit einigen wenigen Be-

waren mit der Bahn über Wanne nach Haltern gefahren, viele hundert Genossen und Genossinnen hatten sich ihnen angeschlossen. Der Zug der sich mit Fahnen und Kränzen zu den Grabstätten bewegte, zählte über 1000 Frauen und Mädchen und auch eine stattliche Schar Männer. An den Gräbern stehen die Sängerrinnen und Sängere ihre Lieder zu Ehren der toten Revolutionen erklängen und legten Kränze nieder. Ihr Andenken wurde außerdem gefeiert durch Gedächtnisreden der Genossen Teuber, Niehl und Frau Horbach. Sie klangen aus in ein Gelächris der Treue zum Sozialismus und zum Ausmarsch im Kampfe für die Befreiung der Menschheit.

Die Bochumer Arbeiterschaft hat am 12. August mit ihrer Totenfeier gezeigt, daß sie ihre gefallenen Brüder und Schwestern zu ehren weiß. Sie wird dies auch fernerhin bekunden dadurch, daß sie die Gräber ihrer teuren Toten würdig herrichtet. Denn die Massenkräfte bei Haltern werden künftighin zu den Kampfplätzen des sozialistischen Proletariats Westfalens zählen.

Waffenschiedungen für Polen

Konterrevolutionäre Schieber am Werke

In unserer Freitagabend-Nummer brachten wir eine Meldung aus Rotterdam, daß dort 100 Kränze mit Waffen, die als „Spielzeug“ deklariert waren, von den Transportarbeitern angehalten wurden. Die Waffen kamen aus Danburg und waren für Polen bestimmt. Aus Rotterdam kam später die Meldung, daß die deutsche Besatzung des gegenwärtig im Rotterdam Hafen liegenden nach Danzig bestimmten Dampfers „Epha“ sich geweiht hat, 600 große Kränze, in denen Kriegsmaterial für Polen war, anzuhalten.

Man sieht, daß fortgesetzt Schieber am Werke sind, die trotz Neutralität und trotz der Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft versuchen, Waffenschiedungen nach Polen vorzunehmen. Die Hauptschieber haben anscheinend ihr Quartier in Berlin aufgeschlagen. Wie jetzt bekannt wird, weilte bis vor circa 14 Tagen ein gewisser Oberst Bondorowski als Vorsitzender der „Ukrainischen Einkaufskommission“ im Hotel Bristol in Berlin, dessen Aufgabe es war, Waffen, Munition und Vereskausrüstungen für Polen anzukaufen. Er stand mit verschiedenen Berliner Firmen in Verbindung, die den zuständigen Behörden als Schieberfirmen seit langer Zeit bekannt sind.

Die für Polen angekauften Ausrüstungsgegenstände gehen, wie anzunehmen ist, mit gefälschter Ausfuhrbewilligung unter der Deklaration „Rafschinenteile“ oder „Spielwaren“ über Danburg nach Holland, um von dort aus die Verfrachtung mit einem Dampfer nach Danzig vorzunehmen. Unter den dabei beteiligten Berliner Firmen und Personen spielt auch der bekannte Des Schiffmann eine hervorragende Rolle. Die meisten der dabei beteiligten Firmen und Personen, die teilweise auch als Unteragenten an diesen Schiedungen teilgenommen haben, sind der Berliner Staatsanwaltschaft bekannt, die bereits seit acht Wochen in dieser Angelegenheit Voruntersuchungen angestellt hat.

Es ist unbegründet, daß bisher keinerlei Verhaftungen erfolgt sind. Die polnischen Kräfte von Kriegsmaterial haben anscheinend einen sehr großen Umfang angenommen. Es soll in einem Berliner Bankhaus unter den Linden ein namhafter Millionenbetrag für Bezahlung der getätigten Käufe deponiert sein. Ein weiterer derartiger Betrag befindet sich im Depot einer Danziger Bank. Die Angelogenheit scheint weit Kreise zu ziehen. In Verbindung mit ihr wird auch der Name des hiesigen ukrainischen Gesandten Dr. Porsch genannt. Es wäre an der Zeit, daß die maßgebenden Regierungsstellen der Öffentlichkeit mitteilen, was bisher geschehen ist, um diesen polnischen Waffenschiedern, die unter der Maske von ukrainischen Einkaufskommissionen seit Monaten in ganz Deutschland Heeresgut zum Zwecke der Verschiebung nach Polen aufkaufen, das Handwerk zu legen.

Die Bewegung gegen den Steuerabzug

Stuttgart, 18. August.

Staatssekretär Bölle vom Reichsfinanzministerium setzte heute nachmittag in einer größeren Versammlung von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Gründe an, weshalb die Reichsfinanzverwaltung trotz des gerade in Württemberg besonders leidenschaftlichen Widerstandes der Arbeiterschaft auf die verbesserte Form des progressiven Steuerabzuges nicht verzichten könne. Es entstand eine lebhaft Debatte. In diesem Augenblick zog ein Demonstrationszug von etwa 1500 Eisenbahnern vor das Eisenbahndirektionsgebäude um die Aufhebung des Lohnabzuges zu erreichen. Präsident Stegle empfing eine Abordnung, der er die Absendung eines dringenden Telegramms mit ihren Wünschen nach Berlin versprach und außerdem zusagte, daß Delegierte der Demonstranten nach Berlin reifen dürften, um dort ihre Wünsche persönlich vorzutragen. Als die Kundgebung sich auflöste, entdeckte eine Gruppe der Demonstranten im Hauptbahnhof den Salonwagen des Reichsverkehrsministers Groener, der gestern aus Berlin zu Besprechungen eingetroffen war und abends dorthin zurückreisen

grüßungsworten an die Erschienenen die Versammlung und forderte sie auf, sich von den Plätzen zu erheben. In diesem Augenblick legte die Musik ein, und die tosenden Klänge der „Internationalen“ durchdrangen den Raum, und viele zielbewußte Arbeiter sangen den Text dazu.

Modonn betrat der Vorsitzende des republikanischen Ortsausschusses das Podium und sprach einige einleitende Worte. Bevor er aber auf sein eigentliches Thema überging, gedachte er der vielen Opfer, der Tausenden von Menschen, die für die Freiheit Rußlands, wie überhaupt für die Freiheit der Menschen gefallen sind. Besonders aber gedachte er zweier Personen, die in dem Lande ihrer aufopfernden, selbstlosen Tätigkeit unter den Augen der Nachhaber, die ihre früheren Parteigenossen waren, hingerichtet und von ihnen noch über das Grab hinaus geschmäht wurden: Das freie Rußland aber wird diese beiden Vorkämpfer immer ehren; Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wird kein freibeitlicher Russe vergessen.

Bei diesen Worten sprang der Redner vom Podium, der Saal wurde finster, die Bühne war in Halb Dunkel gefüllt, alle Anwesenden waren aufgestanden, die Musik spielte einen ergreifenden Trauermarsch. Und als die letzten Klänge dieser Trauermusik zu unseren Ohren gedrungen waren, da wurde es wieder hell im Saale, der Redner sprang wieder aufs Podium, und schrie die Worte: „Wir kämpfen weiter!“

Die Musik spielte sofort, während noch alle Personen standen, wieder die „Internationale“.

Ich habe häufig Versammlungen besucht, ich sah häufig, daß junge und alte Leute mit Ehrfurcht die Bilder der jetzigen russischen Staatsmänner grüßten, ich sah junge Mädchen die Bilder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die an jedem Bahnstopp, an jedem Agitationspunkte, in jedem Kontor hängen, betrachten, ich sah, wie Mädchen und Frauen, und Jünglinge und Greise diese Bilder küßten.

Abtransport nach der Heimat.

Mit einem gut eingerichteten Sanitätszuge, der uns von der Sowjetregierung gestellt war, und unter Begleitung eines Vertreters des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, konnten wir von Petersburg nach Narwa (Estland) fahren. In Narwa bestiegen wir das Schiff und fuhren über Swinemünde nach Stettin.

Die Seereise dauerte uns zu lange, die Sehnsucht nach dem Vaterlande, die Sehnsucht nach den Angehörigen peinigte zu stark und hieß uns die Minuten als Stunden erscheinen.

Aber wie wurden wir erheitert, wir, die wir ein „freies“, in einer Revolution „befreites“ Vaterland erwarteten, als wir bei

wollte. Es kam zu lebhaften Szenen, in deren Verlauf General Groener veranlaßt wurde, den Salonwagen zu verlassen und sich mit der Demonstrationsgruppe in ein Zimmer des neuen Bahnhofes zu begeben, wo weiter verhandelt wurde. Der Reichsverkehrsminister hielt eine Ansprache und gab die Versicherung ab, daß er die Wünsche der Demonstranten in Berlin bereitwillig zum Ausdruck bringen werde, was mit Beifall aufgenommen wurde. Die Teilnehmer der Kundgebung gingen dann auseinander.

Aus dem Reichswirtschaftsrat

Der Schluß der Freitagstagsitzung

Die am Nachmittage abgebrochene Sitzung der vereinigten Ausschüsse für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik wurde um 9 Uhr abends wieder aufgenommen. In den allgemeinen Anträgen des Unterausschusses über die Verhältnisse der Produktionsbedingungen und der Preissteigerung und über die Mittel der Abhilfe ist zum Teil ein Einverständnis erzielt worden. Ein Änderungsantrag Reinalth, der als Ursache der Preissteigerung besonders auch die Verringerung der Arbeitsleistung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die hohen Löhne usw. angibt, wird in der Abstimmung nach Köpfen abgelehnt. Von der Unternehmergruppe wird unter Berufung auf die Geschäftsordnung eine Abstimmung nach Gruppen verlangt, wogegen Abg. Wissell Widerspruch erhebt, da die Ausschüsse bereits nach Gruppen zusammengelehrt seien und die Geschäftsordnung eine Gruppenabstimmung nicht unbedingt vorschreibe. Direktor Kraemer erwidert, daß die Geschäftsordnung auf Verlangen einer überstimulierten Gruppe die Gruppenabstimmung vorsehe, damit der Regierung die Stimmung der einzelnen Gruppen mitgeteilt werden könne. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird nochmals nach Gruppen abgestimmt. Dabei stimmen die Unternehmer mit 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und die Mitglieder der Gruppen 7-10, Verbraucherschaft, Beamenschaft und freie Berufe und vom Reichsrat und Reichsregierung ernannten Mitglieder mit drei Stimmen für den Antrag Reinalth, die Arbeitnehmer stimmen mit allen 19 Stimmen und die Mitglieder der Gruppen 7-10 mit 6 Stimmen gegen den Antrag. Mit ähnlichem Stimmverhältnis werden einige Änderungsanträge Reinalth abgelehnt, darunter der Antrag zu dem Ausschussvorschlag, daß eine Senkung der Wirtschaft nur durch eine Ausgleichung der Warenpreise an die Kaufkraft erreicht werden kann, hinzuzufügen: „und durch zielbewußte Förderung des Exports und durch Beseitigung der Exporthindernisse unter voller Wahrung der heimischen Wirtschaft.“

Zu dem Ausschussvorschlag: „Ein durchgreifender Preisabbau kann nur durch eine nach den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu regelnde Mehrproduktion, insbesondere auch in der Landwirtschaft erfolgen“, beantragt Abg. Reinalth die Streichung der Worte „insbesondere auch in der Landwirtschaft“. Abg. Röske erklärt es für unmöglich, hier die Landwirtschaft besonders ohne jede Motivierung hervorzuheben, da die Mehrproduktion der Landwirtschaft von vielen Faktoren, wie billigen Düngemitteln usw. abhängt. Der Antrag auf Streichung wird abgelehnt.

Die allgemeinen Vorschläge des Unterausschusses werden demnach mit den vereinbarten Änderungen, aber unter Ablehnung sämtlicher von Unternehmerseite gestellten Anträge angenommen.

Die vom Unterausschuß für den Fall von Betriebsstörungen vorgeschlagenen Maßregeln werden gleichfalls unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Unternehmerseite angenommen. Die Unternehmervertreter erklären sich dabei besonders dagegen, daß die Grenze von 26 Wochen für die Dauer von Erwerbslosenunterstützung grundsätzlich beibehalten werde. Ein dagegen gerichteter Antrag Reinalth wird abgelehnt. Abg. Baltusch (Arbeitervertreter) beantragt einen Zusatz, wonach das Kohlenabkommen von Spa eine Umstellung der deutschen Industrie dahin bedinge, daß Luxuswaren nicht mehr für das Inland, sondern nur noch für den Export hergestellt werden. Kraemer warnt dringend vor der Annahme dieses Antrages, der die Arbeiterschaft der Luxusindustrie nur schädigen könne. Nur ein ganz geringer Teil des Kohlenverbrauches entfalle auf die Luxusindustrie. Abg. Wissell erwidert darauf, daß der Kohlenbedarf beschränkt werden müsse und daß darunter in erster Linie der Luxusbedarf leiden müsse. Der Antrag Baltusch wird mit Ersetzung des Wortes „Luxuswaren“ durch „wirtschaftlich unwichtige Waren“ angenommen. Die für einzelne Gewerbe schon geplanten Maßnahmen (Gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft, Prüfung der Durchführbarkeit eines Häutemonopols, anderenfalls Überwachung der Häuteantennen, Zusammenbruch von Erwerbslosen zu gemeinnützigen Arbeitskreisen, Wiederaufbau der Handelsflotte usw.) werden in der Fassung des Unterausschusses angenommen.

Mitte September gedenkt der wirtschaftspolitische Ausschuß den Bericht der Sozialisierungskommission in Beratung zu nehmen. Schluß gegen 11¼ Uhr.

Brasilianische Liebesgaben. Wie der Korrespondent der „Telegraphen-Zeitung“ erzählt, ist aus Brasilien ein großer Dampfer mit Lebensmitteln auf dem Wege nach Europa. Die Liebesgaben sind hauptsächlich für Wien und Berlin bestimmt. Es handelt sich hier offenbar um Liebesgaben, die von den großen deutschen Kolonien in Brasilien gesammelt worden sind.

unserem Empfang in Stettin nur Offiziere der Reichswehr, ein großes Aufgebot von Sicherheitswehr, und vom ersten Male die deutschen Stahlhelme erschienen. Von Zivilbehörden sah man keine Person.

Wir haben nicht genug in den vielen Jahren gelitten, wir müssen bei unserer Ankunft in Deutschland gequält werden, wir müssen uns den schlimmsten Militarismus durch überpatriotische Reden (dieselbe Art wie vor dem Kriege, nur ohne Kaiserhoch) gefallen lassen, wir müssen uns Kriegsmärsche ohne Aufhören anhören.

Einige Tage mühten wir in Krefow verweilen; an diese Tage werde ich denken.

Hier besahen Offiziere ganz öffentlich den Mut, gegen Juden (obwohl sich unter den Heimkehrenden auch einige befanden) in der fürchterlichsten Weise zu heken. Ein anderer Offizier, der sehr jung war und wohl auf andere Art und Weise noch nie einen Pfennig verdient hatte, war so liebenswürdig, den Angekommenen stundenlang die Bedeutung des Hakenkreuzes zu erklären und für diesen Bund Mitglieder zu sammeln. Und wieder ein anderer Offizier machte direkte Propaganda gegen die jetzige Staatsform und für Zurückberufung des früheren Kaisers.

Was den angekommenen Kriegsgefangenen an Gebühren und Liebesgaben gegeben wird, ist bekannt. Es reicht bei der jetzigen Teuerung noch nicht mal zur Anschaffung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände, viel weniger zum Leben, auch nur für vier Wochen.

Also fand ich die Heimat wieder: Stahlhelme, Hakenkreuz, Reaktion, Antisemitismus. Wo aber ist die Freiheit, wo sind die Erfolge der Revolution? D. R.

„Eigenverlebe“ in der Volksbühne. Die Sommerdirektion der Volksbühne war künstlerisch nicht gut beraten, als sie Lehas „Eigenverlebe“ auf den Spielplan setzte, obgleich es auch ihr an Zugkraft nicht fehlen wird. Dabei machte Rienzo „Rubelstein“ noch immer volle Häuser, und wenn es nun schon eine Operette sein sollte, dann gibt es selbst von Lehar weit bessere als diese ähliche Mischung von süßem Reiz und schmachtendem Pathos: Halb Oper, halb Operette, und im Ganzen ein mustäflischer Desbruch. Man sollte solche Geschmacksoverwältigungen bekämpfen statt sie zu pflügen. Aber man muß schon sagen, daß die Aufführung mit dem Bühnenorchester (Dirigent Felix Günther) und gesanglich so hervorragende Leistungen, wie sie in erster Reihe der glänzend disponierte Dresdener Tenor Richard Tauber und Margarete Schlemmer bieten, eine respektable Höhe erreicht. Mit ihr stieg der Beifall und ergwang stürmisch Wiederholungen der Schlagnummern, besonders im zweiten Akt.

